

Eröffnungsvortrag

FRANZ QUARTHAL

Berufsbildung als Gewerbeförderung in Württemberg bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts

Aus der Auswertung der württembergischen Gewerbeaufnahme des Jahres 1861 zog der württembergische Finanzreferendär und spätere Wirtschaftshistoriker GUSTAV SCHMOLLER den Schluß: "Württemberg ist in die Reihe der Industriestaaten eingetreten; die moderne Zeit mit ihren rauchenden Schornsteinen und Fabriken, mit ihrer Entwicklung aller schlummernden Kräfte, früher nie geahnten Mitteln ... hat ihren Einzug auch bei uns gehalten, ihre bleibende Wohnstätte auch in unserem Lande aufgeschlagen, das sich vor 20 bis 30 Jahren vorzugsweise noch gerne einen Agrarstaat nannte."¹ Ein Jahr später, im Jahre 1862, konnte Württemberg in der neuen Gewerbeordnung die völlige Gewerbefreiheit verkünden und damit die Konsequenz aus der um die Mitte der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts kraftvoll einsetzenden Industrialisierung ziehen, die in ihrem Ergebnis sich als ein sich selbst tragendes Wachstum erweisen sollte². Die Wurzeln für die Blüte der südwestdeutschen Wirtschaft im mechanischen Zeitalter, die bis in das letzte Jahrzehnt anhielt, waren gelegt. Bis zur Mitte des Jahrhunderts hatte man die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs eher noch skeptisch betrachten müssen, trotz aller Anstrengungen von staatlicher und privater Seite. Nach und nach aber ließen sich in der Wirtschaft großartige innovatorische Leistungen aufweisen, und der Staat unternahm weiterhin große Anstrengungen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und ein stetiges Wirtschaftswachstum einzuleiten.

Der Eisenbahnbau - nach WILLI A. BOELCKE und seiner Beurteilung dieser Epoche der historisch vorrangige Faktor im wirtschaftlichen Aufstieg des 19. Jahrhunderts - steckte noch in den Kinderschuhen. Von der führenden Branche im modernen Fabrikssystem, der Baumwollindustrie, waren die erhofften Sekundäreffekte noch nicht ausge-

1 Zitiert nach Voigt, Johannes H., *Lehre zwischen Politik und Wirtschaft 1829 - 1864*. In: Ders. (Hg.), *Festschrift zum 150jährigen Bestehen der Universität Stuttgart. Beiträge zur Geschichte der Universität*. Stuttgart 1979, S. 91 f.

2 Ebd.

gangen. Zwar hatte sich die Zahl der Fabrikarbeiter zwischen 1829 und 1850 vervierfacht, aber die überwiegende Zahl der Arbeitnehmer war noch auf handwerklichen Arbeitsplätzen beschäftigt und die Zahl der Maschinen in den Fabriken gering. Die Einkommen im Königreich Württemberg wurden - nach einer zeitgenössischen Rechnung - im Jahre 1840 noch zu mehr als der Hälfte im primären Sektor (Land-, Forstwirtschaft usw.) erwirtschaftet, zu 30 % im Handwerk und nur zu 4 % im industriell-gewerblichen Bereich³.

Auch wenn die meßbaren Ergebnisse zunächst noch wenig eindrucksvoll gewesen waren, der Sprung ins Industriezeitalter ist in den ersten vier, in ihrem meßbaren Ertrag wenig eindrucksvollen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vorbereitet worden. Um der Leistung dieser vier Jahrzehnte gerecht zu werden, muß man sich nochmals die gewaltigen Schwierigkeiten und Aufgaben vor Augen halten, vor die sich Württemberg zu Anfang des 19. Jahrhunderts gestellt sah. Sie lassen sich in drei Problemkreise aufteilen: Auf der realpolitischen Ebene mußten die von Kriegskosten, Kriegsschäden und Schuldenausgleichszahlungen für die neuerworbenen Gebiete zerrütteten öffentlichen Finanzen und die trostlose Wirtschaftslage des Landes saniert werden. Der Einigungsprozeß des Königreichs Württemberg erfolgte wirtschaftsgeschichtlich in einer Periode, die wir uns mit WILHELM ABEL als die Epoche des Pauperismus zu bezeichnen gewöhnt haben⁴.

Auf der zweiten Ebene waren die aus den unterschiedlichen Herrschaftsverhältnissen der im Königreich Württemberg aufgegangenen geistlichen und weltlichen Territorien herrührenden verschiedenartigen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in allen Bereichen der lokalen und überregionalen Einheiten, sowohl der politischen als auch der Finanzverwaltung, zu vereinheitlichen. Letztlich ging es darum, den Vereinigungsprozeß mit finanziell begrenzten Ressourcen voranzutreiben, die Ungleichgewichte zwischen den Landesteilen auszugleichen, religiös-mentale Spannungen zwischen Landesteilen unterschiedlicher Konfessionen abzubauen und ein neues patriotisches Identitätsgefühl zu schaffen.

Auf der dritten Ebene mußte für den neuen Staat ein verfassungsmäßiger Rahmen gefunden werden, in den sich die Vereinheitlichungs- und Sanierungsmaßnahmen einzufügen hatten, in dem ein Ausgleich zwischen dem neoabsolutistischen Herrschaftsanspruch des Regenten und den Anforderungen eines auf dem Volkssouveränitätsgedanken beruhenden Repräsentationssystems zu finden war.

3 BOELCKE, WILLI A., Wirtschaftsgeschichte Baden-Württembergs von den Römern bis heute. Stuttgart 1987, S. 214

4 Vgl. ABEL, WILHELM, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland. Göttingen 1972.

Diese immensen Aufgaben stellten sich in einer Periode des grundsätzlichen wirtschaftlichen Umbruches vom Agrar- zum Industriezeitalter, auf den die württembergische Wirtschaft weder von den grundlegenden Strukturen noch von der Kapitalausstattung noch vom Ausbildungs- und Schulsystem her vorbereitet war.

In den neuerworbenen Gebieten Württembergs war das Schulwesen in unterschiedlicher Weise entwickelt. Das Volksschulwesen Vorderösterreichs war nach den Vorschlägen des Abtes von Sagan IGNAZ FELBIGER nach modernsten Gesichtspunkten reformiert worden; doch war der Reformansatz aus Geldmangel schon nach zwei Jahrzehnten weitgehend versandet⁵. Das zu guten Teilen vom Jesuitenorden getragene höhere Schulwesen hatte nach dessen Auflösung im Jahre 1773 einen nachhaltigen Schlag erlitten. Einzelne Gymnasien, wie das in Rottenburg, wurden nur als Lateinschule weitergeführt, andere von den Benediktinern übernommen. Nach der Aufhebung der Klöster 1803/06 lag das höhere Schulwesen in diesen Landesteilen praktisch brach⁶.

Vor 1806 gab es in Altwürttemberg im Bereich des höheren Schulwesens vier niedere theologische Seminarien, das Gymnasium in Stuttgart und zahlreiche, über das ganze Land verstreute Lateinschulen. In diesen Schulen galt seit ihrer Gründung in der Reformationszeit das "althumanistisch-christliche Bildungsideal" mit der "hohen Wertung der alten Sprachen"⁷. Das höhere Schulwesen in Württemberg bewahrte seinen Schulaufbau und seine Unterrichtsorganisation vom 17. bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts⁸. Das Studium der "griechischen Profanschriftsteller zur Bildung des guten Geschmacks" wurde auf Antrag der württembergischen Studienkommission zu Ende des 18. Jahrhunderts noch intensiviert und darum an der Universität Tübingen ein eigener Lehrstuhl für klassische Philologie errichtet⁹.

5 MOSER, MAX, *Der Lehrerstand des 18. Jahrhunderts im vorderösterreichischen Breisgau. Ein Beitrag zur deutschen und österreichischen Volksschulgeschichte.* Berlin und Leipzig 1908

6 SCHERMANN, *Geschichte des lateinischen Schulwesens in Rottenburg a. N. vom Ende des 16. Jahrhunderts bis 1806.* In: *Geschichte des humanistischen Schulwesens in Württemberg.* Hg. v. d. Württembergischen Kommission für Landesgeschichte Bd. 2,2. Stuttgart 1920, S. 1116 - 1145. - *300 Jahre Gymnasium Ehingen (Donau) 1686 - 1986. Das Gymnasium Ehingen vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.* Hg. v. Walter Frei. Ehingen 1986. - QUARTHAL, FRANZ/GEORG WIELAND, *Die Behördenorganisation Vorderösterreichs von 1753 bis 1805.* Bühl/Baden 1977, S. 123 f; vgl. auch die Karte "Schulen in Württemberg, Hohenzollern und Baden, deren Abschluß zum Hochschulstudium berechtigt (Stand 1910)", in: *Die Universität Tübingen von 1477 bis 1977 in Bildern und Dokumenten.* Hg. v. Hansmartin Decker-Hauff und Wilfried Setzler. Tübingen 1977, S. 264.

7 FRIEDRICH, GERD, *Die Volksschule in Württemberg im 19. Jahrhundert.* Weinheim 1978, S. 16

8 Ebda.

9 FRIEDRICH, *Die Volksschule in Württemberg.* S. 19

Das niedere Schulwesen geriet im 18. Jahrhundert unter den Einfluß des Pietismus und wurde in seinen Bildungsinhalten weiter verchristlicht. Erziehung und Bildung gewannen durch die "vertiefte Auffassung vom Wesen des Christentums" erhöhte Bedeutung. Ein Zeugnis dafür ist die "Erneuerte Ordnung für die deutschen Schulen von 1729/30", neu ausgegeben 1782, die bis in Einzelheiten an die Ordnung der Schulen des Waisenhauses in Halle erinnert. Im Mittelpunkt des Schulunterrichts stand der Katechismusunterricht¹⁰. Die Bildung in der Volksschule hatte einen Beitrag zu der auf "Herz und Gemüt" abzielenden Erneuerung von Kirche und Welt zu leisten. "Schulen", so hieß es in der "Erneuerten Ordnung vor die teutschen Schulen des Herzogthums Württemberg" aus dem Jahre 1730, "seynd nicht anzusehen als eine bloße Bereitung zu dem bürgerlichen Leben, sondern als Werkstatt des Heiligen Geistes, darinnen die Kinder zu der Furcht Gottes sollen angewiesen werden, weiln dem Herrn nicht allein mit Geschichten, sondern mit frommen Leuten am meisten gedienet ist"¹¹.

Zurückgehend auf BACON und DESCARTES verbreitete sich bereits im 18. Jahrhundert eine Auffassung von rationaler, mathematisch-instrumentaler, auf praktische Daseinsgestaltung und die Verbesserung der Lebensbedingungen ausgerichteter Naturerkenntnis. Sie repräsentierte eine Weltsicht und eine Form der Lebensgestaltung, die die Grundlage der Industriegesellschaft wurde¹². Diese neue Wissenschaftsauffassung schuf bereits im 17. Jahrhundert die Grundlage für sogenannte "realistische Tendenzen" in der Pädagogik. Der auf sie gegründete sogenannte "pädagogische Realismus" suchte in aufklärerischem Sinn in Deutschland im 18. Jahrhundert "durch neue Formen und Inhalte der häuslichen und schulischen Erziehung, Unterricht und Bildung einen 'neuen Menschen' zu schaffen, den aufgeklärt-vernunftgeleiteten, industriösfleißigen, am Gemeinwohl orientierten Bürger"¹³.

Ihre institutionelle Ausprägung fanden diese pädagogischen Ideen auf Schulebene vor allem in Form der Real- und der Industrieschule, einer niederen Schule für Knaben und Mädchen, die über den bisherigen Bildungskanon hinaus Anleitung zu wirtschaftlichen Betätigungen gab, ja teilweise praktische Erwerbsarbeit selbst ermöglichte¹⁴.

10 Ebda., S. 18

11 NEUKAMM, FRITZ, *Wirtschaft und Schule in Württemberg von 1700 bis 1836*. Heidelberg 1956, S. 32

12 ZWECKERONNER, GERHARD, *Ingenieurausbildung im Königreich Württemberg. Vorgeschichte, Einrichtung und Ausbau der Technischen Hochschule Stuttgart und ihrer Ingenieurwissenschaften bis 1900 - eine Verknüpfung von Institutions- und Disziplingeschichte*. Stuttgart 1987, S. 17

13 HERRMANN, ULRICH, *Die Pädagogik der Philantropen*. In: Hans Scheuerl (Hg.), *Klassiker der Pädagogik*, Bd. 1. München 1979, S. 135

14 ZWECKERONNER, *Ingenieurausbildung*, S. 18

Solche Industrieschulen entstanden ab der Mitte des 18. Jahrhunderts. Industrieschulzentren bildeten sich in Böhmen, in Göttingen und in Würzburg.

Dieser pädagogische Realismus fand in Württemberg vor dem Ende des 18. Jahrhunderts keinen Eingang. Dem schwäbischen Pietismus blieben "alle rein irdischen Lebensfunktionen verdächtig oder doch höchst zweitrangig"¹⁵. Württemberg erscheint von der allgemeinen Realschulbewegung des 18. Jahrhunderts isoliert¹⁶.

Erst in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts deutete sich hier ein Umdenken an. Klagen über den miserablen Zustand der Wirtschaft waren allgemein geläufig. Forderungen nach Emporbringung des darniederliegenden "Commerci" ziehen sich wie ein Leitfaden durch alle landständischen Verhandlungen¹⁷. Ab der Mitte des Jahrhunderts aber wurde man sich von staatlicher Seite des Arbeitsmangels als Problem bewußt, wenn auch mehr unter dem Aspekt, den Nutzen des Staates zu mehren als die Lebenssituation des einzelnen zu verbessern. Arbeitslosigkeit wurde nicht als Folge einer stagnierenden Wirtschaft, sondern als Konsequenz einer Unlust zur Arbeit angesehen. Die nach dem ersten Drittel des 18. Jahrhunderts entstandenen Zucht- und Arbeitshäuser in Ravensburg, in Oberdischingen, in Breisach, Ludwigsburg und Buchloe waren das Produkt einer Politik, die Arbeitsplätze schaffen und Arme durch Arbeit zu nützlichen Gliedern des Staates machen wollte. Pädagogisches Institut und Strafanstalt lagen dabei nicht nur räumlich beieinander, häufig bildeten sie eine innere Einheit¹⁸. Der Sulzer Oberamtmann MÖLLER formulierte 1762 erstmals in mehreren Denkschriften explizit die Verpflichtung des Staates, für Arbeit zu sorgen¹⁹.

Die große Wende in der württembergischen Bildungspolitik erfolgte schon im 18. Jahrhundert, noch vor den großen politischen Umwälzungen der napoleonischen Ära, bestimmt vom Geist des aufgeklärten Absolutismus. Nach vergeblichen Versuchen, die Universität Tübingen im modernen Geist zu reformieren, widmete sich Herzog KARL EUGEN VON WÜRTTEMBERG ganz dem Projekt der Hohen Carlsschule. Sie

15 NEUKAMM, Wirtschaft und Schule, S. 115 u. S. 36 - 40. - Zum Pietismus in Württemberg vgl. TRAUTWEIN, JOACHIM, Freiheitsrechte und Gemeinschaftsordnung um 1800. Pietismus und Separatismus in Württemberg. In: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons. Katalog zur Ausstellung im Württembergischen Landesmuseum Bd. 2. Stuttgart 1987, S. 323 - 342.

16 KECK, RUDOLF W., Geschichte der mittleren Schule in Württemberg. Motive und Probleme ihrer Entwicklung von der Reformation bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung von Stuttgart und Ulm. Stuttgart 1968, S. 52 - 74

17 QUARTHAL, FRANZ, Öffentliche Armut, Akademikerschwemme und Massenarbeitslosigkeit im Zeitalter des Barock. In: Barock am Oberrhein. Hg. v. Volker Press, Eugen Reinhard und Hansmartin Schwarzmaier. Karlsruhe 1985, S. 183

18 Ebda., S. 186

19 Ebda., S. 187

war in ihrer vollendeten Form, nach ihrer Privilegierung als Universität durch KAISER JOSEPH II., wenn man den modernen Ausdruck gebrauchen will, eine Gesamthochschule, an der sowohl die klassischen Fächer als auch moderne Realien sowie Malerei, Architektur und Tanz gelehrt wurden²⁰.

Konzipiert war die Carlsschule zunächst als Militäarakademie in der Tradition der Ecole Royale Militaire in Paris (1752), der Theresianischen Militäarakademie in der Wiener Neustadt (1752) sowie der Academie militaire in Berlin (1765).

Die Hohe Carlsschule wurde als konfessionsübergreifendes Institut geplant. Lutherische Protestanten, Calvinisten und Katholiken hatten gleichermaßen zu ihr Zugang. In der obersten Leistungsklasse waren auch die Standesvorrechte des Adels aufgehoben. Bei gleicher Leistung waren Studenten bürgerlicher und adliger Herkunft gleichberechtigt²¹.

Vom Lehrprogramm her gelang es, den Unterricht der Carlsschule an den modernen Fächern der Kameralistik, der Geometrie und Feldmeßkunst, der Verwaltungswissenschaften und der Ingenieurkunst auszurichten. Nicht nur militärische, sondern auch zivile Staatsdiener sollte die Schule ausbilden. Die Militärzöglinge erhielten eine Ausbildung in Mathematik, Mechanik und Hydraulik, Geschützwissenschaft und Festungsbau. Architekturstudenten in der Fakultät der freien Künste belegten die Fächer Zivilbaukunst, architektonisches Zeichnen und Perspektive.

Neben der Fakultät der freien Künste bestanden eine juristische, eine medizinische, eine militärische und eine ökonomische Fakultät. In ihr waren außer finanz- und forstwissenschaftlichen Fächern auch Forst- und Jagdwissenschaft, Landwirtschaft, Mineralogie, Numismatik, Bergbau und Technologie vertreten. In nahezu allen Disziplinen war die Carlsschule zur Zeit ihrer Blüte besser besetzt als die alte Landesuniversität Tübingen - ausgenommen die Theologie. Daß die Universität Tübingen damals überlebte und nicht aufgehoben wurde, hat sie neben ihrer Verankerung in der Landesverfassung ohne Zweifel ihrer theologischen Fakultät zu verdanken.

Landstände und konservative Professorenschaft der Universität Tübingen erreichten, daß KARL EUGENS Nachfolger, HERZOG LOUIS EUGEN, die "Privatschule", die keinerlei

20 QUARTHAL, FRANZ, Die "Hohe Carlsschule". In: Christoph Jamme und Otto Pöggeler (Hg.), "O Fürstin der Heimath! Glückliches Stutgard". Politik, Kultur und Gesellschaft im deutschen Südwesten um 1800. Stuttgart 1988, S. 35 - 54 mit älterer Literatur

21 DERS., Die "Hohe Carlsschule", S. 47. - Ausstellung "Die Hohe Carlsschule" im Museum der Bildenden Künste Stuttgart. Stuttgart 1960, Katalog S. 96. Nr. 72 u. 73: Übersicht über die soziale und nationale Herkunft der Zöglinge

Verbindung zum Schulwesen des Landes hatte, 1794 wieder schloß, weil "die Carlsschule in vielerlei Hinsicht ein Gegenstand der Landesbeschwerden gewesen" war und weil durch ihre Errichtung die Rechte der Universität Tübingen stark beeinträchtigt worden seien.

Daß man trotzdem die entstandene Lücke empfand, ergibt sich aus der Tatsache, daß LUDWIG EUGEN eine herzogliche Studien-Kommission einsetzte, die Vorschläge auszuarbeiten hatte, wie die durch die Aufhebung der Carlsschule "entstandenen Lücken des öffentlichen Unterrichts" ausgefüllt werden könnten, so daß im Grunde alle modernen Formen des Lehrens und Unterrichts in Württemberg sich in ihren Traditionen auf die Carlsschule zurückführen können²². Unmittelbar von der Aufhebung der Carlsschule profitierte die Universität Tübingen, die einige der vorzüglichsten Lehrer von dort gewinnen und die neuen Fächer auf Professuren des Collegium Illustre installieren konnte.

Die herzogliche Kommission schlug im Oktober 1794 vor, an Stelle der Carlsschule sechs Institutionen zu gründen: "ein Militär-Institut, ein kombiniertes Cameral-, Forst- und Schreiber-Institut, eine Accouder-Anstalt als Chirurgenschule mit Entbindungsheim und Klinikum, eine Hebammenschule, eine Realschule für künftige Handelsleute und Professionisten" und ein Schulmeister-Seminar²³.

Verwirklicht wurde zunächst der Gedanke einer Realschule. Die Studien-Kommission glaubte, daß dem "Mangel eines eigenen zweckmäßigen Unterrichts für Jünglinge, die zur Handlung und Profession bestimmt sind", wie es hieß, "nur durch eine zu errichtende Realschule abgeholfen werden könne".

Nachdem sich der Kirchenrat zur Übernahme der Kosten auf das Kirchengut bereitgefunden hatte, konnte 1796 am Stuttgarter Gymnasium ein zweiklassiger Realschulzweig eingerichtet werden - zur gleichen Zeit, als die "königliche Realschule" zu Berlin sich zur Begehung ihres fünfzigjährigen Jubiläums anschickte²⁴. Das herzogliche Gründungsdekret vom 6. Juni 1796 hob nochmals die besondere Bedeutung der neuen Schule hervor:

"In Betracht, daß bei der ursprünglichen Bestimmung des Gymnasiums zu einer gelehrten Anstalt wegen dieser seiner einseitigen Bestimmung nicht besonders für die Bildung künftiger Handelsleute, Künstler, Professionisten und Handwerker gesorgt,

22 RANNECKER, FRIEDRICH, Beiträge zur Geschichte des Gelehrtenschulwesens in Württemberg im 17. und 18. Jahrhundert, Bd. 2. Ludwigsburg 1907, S. 49 u. S. 59

23 FRIEDRICH, Die Volksschule in Württemberg im 19. Jahrhundert, S. 19

24 KECK, Geschichte der mittleren Schule in Württemberg, S. 71

und es wahres Bedürfnis ist, allen diesen Ständen einen eigenen, zweckmäßigen, zu ihrer Bestimmung vorbereitenden Unterricht zu verschaffen, sollen künftig diejenigen Jünglinge, welche nicht zum Studium bestimmt sind und doch das Gymnasium zum Nachtheil der Studierenden so häufig frequentieren, von den gelehrten Abtheilungen getrennt werden.“²⁵

Die Schule nahm ihren Betrieb mit je 35 Schülern auf. In gewisser Weise führte sie jene realistische Bildungstradition fort, die in der Akademie KARL EUGENS grundgelegt war. In gesellschaftspolitischer Hinsicht war ihr eine "eindeutig mittelständische Zweckbestimmung" zugeachtet. Wenig fortschrittlich war ihre Organisationsform: Sie war noch ein unselbständiges Anhängsel des alten Gymnasiums. Immerhin fand die neue Schule "so viel öffentlichen Beifall", daß 1802 eine weitere Klasse eingerichtet werden mußte²⁶.

Das 1794 angeregte Schulmeister-Seminar für Lehrer an den niederen Schulen wurde nicht realisiert, doch wurden immerhin verbesserte Regeln für die Lehrerbildung aufgestellt: Die Schulinspizienten (Lehrer-Lehrlinge) durften nur nach vorheriger Prüfung durch den Dekan angestellt werden. Für die Inspizienten wurde eine mindestens zweijährige Lehre festgelegt, die wiederum mit einer Prüfung vor dem Dekan endete. Neu waren die "höheren Orts" vorgeschlagenen Fortbildungseinrichtungen und -veranstaltungen für Lehrer: Lesegesellschaften (1791), Schulbibliotheken (1792), Preisaufgaben (1798) und Schulmeisterkonferenzen zum pädagogischen Austausch in den einzelnen Schulaufsichtsbezirken (1798).

Weiter wollte man nicht gehen. Im Gegenteil warnte die Generalsynode 1799 davor, "daß die deutschen Schulkinder, von denen weit der größere Theil, zu den Feldgeschäften und Gewerben bestimmt ist, mit Kenntnissen vollgepfropft werden, die außer ihrer Sphäre liegen, die sie nicht anwenden können, und ihnen also ganz unbrauchbar sind". Aus Schullehrern dürften keine Gelehrten werden. Sie hätten sich vorzusehen, daß "sie die rechte Mittelstraße nicht verfehlen, nicht über die Sphäre ihres bestimmten Wirkungskraises hinaustreten und sich eben dadurch zu ihrem eigentlichen Berufsgeschäften weniger brauchbar machen"²⁷.

Bis zur Gründung des Königreiches Württemberg waren noch zwei Tatsachen auf dem Bildungssektor von Bedeutung: Im Jahre 1801 veröffentlichte Pfarrer FRIEDRICH WILHELM KOHLER aus Birkach seine "Gedanken über Einführung der Industrieschu-

25 SCHREINER, KLAUS, Aufbau, Bildungsgedanke und Sozialstruktur des württembergischen Realschulwesens im 18. und 19. Jahrhundert, untersucht und dargestellt am Beispiel des Friedrich-Eugens-Gymnasiums in Stuttgart. In: 175 Jahre Friedrich-Eugen-Gymnasiums Stuttgart. Stuttgart 1971, S. 17

26 Ebda, S. 18

27 FRIEDRICH, Die Volksschule in Württemberg, S. 19 f

len", mit denen er - gestützt auf seine Birkacher Erfahrungen - nun auch in Württemberg eine Begeisterung für die "Industrie- oder Arbeitsschule" auslöste²⁸.

Die "Arbeitsschule" sollte nach BENEDIKT MARIA WERKMEISTERS Vorstellungen, eines ehemaligen Neresheimer Benediktiners und Mitglieds des Kirchen- und Schulrats, die Kinder ihrem Stande gemäß für ihren künftigen Beruf praktisch ausbilden; sie war Pflichtschule für alle Kinder einer Gemeinde.

In der Schulordnung von 1810 war ein Nebeneinander von öffentlicher Schule und Industrie- und Arbeitsschule vorgesehen. In der Arbeitsschule sollten arme Kinder mit einfachsten Handarbeiten ihren Lebensunterhalt verdienen. Ihr Zweck war, Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, welche für das künftige Leben der Kinder "in jeder Lage und in jedem Berufe die nothwendigen und nützlichsten sind"²⁹.

Für die neuwürttembergischen Gebiete erarbeitete der Konsistorialrat DUTTENHOFER ein Schulprogramm, das sich exakt an die aus der thesesianischen Reformzeit stammenden FELBIGERSCHEN Reformpläne angeschlossen, aber nicht verwirklicht wurde. In den letzten Jahren vor der Erhebung Württembergs unternahm der Theologe KARL AUGUST ZELLER den Versuch, die neue Lehrart des Schweizer Pädagogen und Politikers PESTALOZZI für die württembergischen Schulen aufzubereiten. In Tübingen wurde eine Klasse einer neu errichteten Sonntagsschule für einige Zeit nach PESTALOZZIS Methode unterrichtet. Nach einem Bericht an das Konsistorium von 1804 wurde dem Tübinger Dekan MÜLLER erlaubt, den Versuch, beschränkt auf diese Klasse, fortzuführen.

In der Summe war Württemberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts wenig vorbereitet auf die großen Herausforderungen, vor denen das vergrößerte Königreich stand. Die Universität Tübingen war strukturell unverändert und hatte nach der Auflösung der Carlsschule lediglich einige neue Lehrstühle mit herausragenden Gelehrten gewonnen. Das Gymnasium und die Lateinschulen blieben unreformiert, die Realschule in Stuttgart entließ jährlich nicht mehr als 35 Absolventen, die Volksschule wurde weitgehend traditionell geführt.

Eine geschlossene Bildungskonzeption für die Zeit nach 1806 wird man nicht erwarten können. Es ist aber beachtlich, was in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts an neuen Entwicklungen zumindest eingeleitet wurde, die Württem-

28 Ebda., S. 20

29 ADAMSKI, PETER, Industrieschulen und Volksschulen in Württemberg im 19. Jahrhundert. Zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Elementarbildung. Diss. Marburg 1976, S. 212 - 228. - FRIEDRICH, Die Volksschule in Württemberg, S. 25

bergs industriellen Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ermöglichen sollten.

Ab 1808 verbreitete sich die PESTALOZZISCHE Lehrmethode sehr rasch im Land. In einigen Gemeinden stieß sie allerdings auf Widerstand. In pietistischen Kreisen argwöhnte man, die neue Lehre schmälere in den Volksschulen die der Bibel vorbehaltene Unterrichtszeit. Trotzdem sorgten Pfarrer und Lehrer, die die neue Methode beherrschten, durch Lehrgänge für eine weitere großflächige Verbreitung von PESTALOZZIS pädagogischen Prinzipien.

In den Schulordnungen von 1808 und 1810 schlugen sich die neuen pädagogischen Bemühungen nieder. Der liberale ehemalige Benediktiner BENEDIKT MARIA VON WERKMEISTER, zunächst Hofprediger, dann Geistlicher Rat in Stuttgart, hat in Anlehnung an FELBIGERSCHE und PESTALOZZISCHE Prinzipien die katholische Schulordnung von Württemberg formuliert. D'ANTEL, der die evangelische Schulordnung von 1810 ausarbeitete, berücksichtigte die gleichen Prinzipien. Neben den theoretischen "Lehrschulen" waren nun nach Möglichkeit auch die oben erwähnten "Arbeits- und Industrieschulen" vorgesehen³⁰.

1810 verbot KÖNIG FRIEDRICH allerdings die Anwendung der neuen Methoden. Die Motive sind nicht erkennbar; offenbar hatten die zahlreichen Einwände aus Pfarrerkreisen Bedenken hervorgerufen; unter Umständen stand auch PESTALOZZIS auf Selbstständigkeit zielendes Erziehungsprinzip der neoabsolutistischen Staatsauffassung KÖNIG FRIEDRICHS I. entgegen.

Bereits 1809 erging jedoch die Anordnung, in Esslingen ein Lehrerseminar zu gründen, das als erstes staatliches Ausbildungsinstitut für württembergische Volksschullehrer im Frühjahr 1811 seinen Betrieb aufnahm. Da ihm keine pädagogischen oder methodischen Richtlinien vorgegeben waren, konnten die modernen Erziehungskonzepte trotz des königlichen Verbots von 1810 weitergegeben werden.

Die äußeren Rahmenbedingungen für das Volksschulwesen änderten sich im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht mehr. Das württembergische Volksschulgesetz von 1836 trug dann deutliche Kennzeichen der antiliberalen Epoche der württembergischen Politik, während der es entstand.

Entgegen allen Bemühungen blieben Aspekte der Berufsbildung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts außerhalb des Bildungsplanes der württembergischen Volksschulen. Immerhin empfahl das Volksschulgesetz von 1858, anstelle der bisherigen Sonntags-

30 FRIEDRICH, Die Volksschule in Württemberg, S. 23 f

schulen für die vierzehn- bis achtzehnjährigen Jungen Winterabendschulen einzurichten, in denen zur Berufsförderung Realien unterrichtet werden sollten. Der Effekt war freilich, daß der von den Wirtschaftsverbänden geforderte Realienunterricht als Vorstufe für die Berufsausbildung auf diese Weise nochmals von der Volksschule ferngehalten wurde.

Als sich aber die erhoffte Verbesserung drei Jahre nach dem Erlaß des Gesetzes nicht einstellte, mußte sich die Regierung auf Druck auch der Wirtschaft nochmals mit dem Problem der Neuregelung des Volksschulwesens befassen, zumal die Zentralstelle für Handel und Gewerbe, insbesondere FERDINAND VON STEINBEIS, darauf drängten, die Volksschule so einzurichten, daß sie als Vorschule für das berufliche Leben gelten konnte.

1859 veranstaltete STEINBEIS auf Anregung des Volksschullehrervereins eine Ausstellung, die deutlich machte, mit welchem Erfolg berufsvorbereitender Unterricht an der Volksschule möglich war. Konservative Kreise befürchteten jedoch, daß die "humanistisch-realistische" Ausrichtung der Volksschule in ihrem Kern zugleich eine "atheistische" sei und ihr christlich-religiöses Fundament untergrabe, so daß dieser Vorstoß erfolglos blieb.

Erst seit 1864 fanden in den Oberklassen der Volksschulen Realien eine verstärkte Berücksichtigung. Im gleichen Jahr wurde den Gemeinden, in denen weder eine Real- noch eine Mittelschule bestand, empfohlen, "Mittelschulen" einzurichten, das heißt, in abgesonderten Klassen verstärkt Realien und Sprachunterricht aufzunehmen³¹.

Die Erfahrung der Hungerjahre von 1816/17 führte zu nachhaltigen Überlegungen, durch welche strukturellen Maßnahmen des Staates solche Katastrophen für die Zukunft vermieden werden könnten. Der 1817 von KÖNIGIN KATHARINA ins Leben gerufene Wohltätigkeitsverein, der zwischen 1818 und 1825 wiederholt in Anträgen an das Innen- und Kultusministerium die Einrichtung solcher Lehranstalten anregte, "welche als Vorbereitungs-Anstalten für Künste und Handwerker dienen, um eine zahlreiche Klasse von Menschen zu höherer Bildung zu erheben", ist der sichtbarste Ausdruck dafür. Der königliche Studienrat empfahl darauf den größeren Gemeinden, "Sonntags-gewerbeschulen" zu errichten. 1828 gab es solche Schulen in 37 Gemeinden, 1840 schon in über 70 Orten.

Die Krisensituation von 1816/17 ließ das Bewußtsein wachsen, daß in Württemberg ohne eine intensive Förderung der Wirtschaft ein Erhalt der politischen Selbständig-

31 FRIEDRICH, Die Volksschule in Württemberg, S. 67 - 69 und S. 74

keit des Landes nicht zu erreichen sei. So befand die Kommission, die die Kammer der Abgeordneten zur Begutachtung des Regierungsentwurfs einer neuen Gewerbeordnung eingesetzt hatte, "daß jedes Volk, das in der Industrie zurückbleibt, in die Abhängigkeit verfallt, und alle Klassen der Gesellschaft gewinnen, wenn die Industrie in allen Zweigen sich hebt"³². Obwohl KÖNIG WILHELM bis in die Mitte der zwanziger Jahre auf die Förderung der Landwirtschaft setzte, erhoben sich bald Stimmen, daß ohne eine intensive Förderung und Entwicklung der Gewerbe eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Landes nicht zu erreichen wäre. Gewerbeförderung bedeutete aber neben einer Aufhebung der rechtlichen Bindungen des Zunftzwanges zugleich die Notwendigkeit, durch Berufsbildung die Aufhebung des Zunftzwanges überhaupt möglich zu machen. So hieß es in dem Gutachten der Kammer:

"Geben wir dem Zunftwesen eine der Zeit angemessene Einrichtung, suchen wir durch gute Gewerbeschulen unserer Manufaktur-Industrie nachzuhelfen, wirken wir dahin, daß Mathematik, Chemie und Mechanik auch in unsere Werkstätten eindringe, machen wir unsere Handwerker mit der Kunstfertigkeit anderer Länder, ihren gefälligeren Formen, ihren Absatzwegen bekannt ... An einem zureichenden Unterricht in der Mechanik, in der angewandten Mathematik und Chemie gebricht es uns ganz. Diesem Mangel an Unterricht in der Mechanik und Mathematik für die Gewerbe haben wir es zuzuschreiben, daß wir in dem Gebrauche von Maschinen gegen andere Staaten noch zurück sind".³³

Die relative Rückständigkeit des Gewerbeswesens und der Industrie wurde seit der Diskussion um die neue Gewerbeordnung als bedeutsames bildungspolitisches Problem erkannt. Neuartige Bildungsinstitutionen, Real-, Gewerbe- und Landwirtschaftsschulen sollten der Hebung der Wirtschaftskraft des Landes dienen.

Nach dem Vorbild der Stuttgarter Realschule waren weitere Realanstalten gegründet worden: 1805 in Ebingen, 1809 in Ulm, 1811 in Reutlingen. Auf Initiative des württembergischen Ministers für das Kirchen- und Schulwesen wurden 1817 Pläne zu einer durchgreifenden neuen Einrichtung des Realschulwesens dem König vorgelegt. Es überzeugte den König, daß die enge Anbindung der Realschule an das Gymnasium nicht ihrem Zweck entsprechen könne. Die Real-Lehranstalt sollte räumlich und personell völlig getrennt, der Realunterricht in der neu organisierten Anstalt "der überwiegende" sein und sich "vorzüglich auf lebende Sprachen richten". Formenlehre,

32 VOIGT, Lehre zwischen Politik und Wirtschaft, S. 15

33 Ebda., S. 15; vgl. auch BOELCKE, Wirtschaftsgeschichte, S. 200 - 202. - HIPPEL, WOLFGANG VON, Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1800 bis 1918. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Hg. von Hansmartin Schwarzmaier, Bd. 3. Stuttgart 1992, S. 479 - 618.

Zahlenlehre, Gesang, Mathematik, Physik, Naturkunde, Geographie, Geschichte und Gymnastik sollten die zentralen Unterrichtsfächer sein. Auf diese Schule sollte eine physiko-technische Schule aufbauen. WANGENHEIM entwickelte 1817 die Perspektive eines Polytechnikums, eine Konzeption, deren Verwirklichung noch über ein Jahrzehnt auf sich warten lassen sollte³⁴. WANGENHEIMs Plan kam den 1817 geäußerten Wünschen des Königs entgegen, der die 1805 gegründete und 1815 in eine Kadettenanstalt umgewandelte Kriegsschule, die nun in den Krisenjahren als zu kostspielig erschien, in eine polytechnische Schule überführen wollte, von der er sich erhoffte, daß damit die wirtschaftliche Not auf Dauer gelindert werden könnte³⁵. 1820 gab es in Württemberg fünf Real- und sieben Oberrealschulen, 1840 waren es bereits 43 Real- und acht Oberrealschulen.

Ebenfalls aus den Erfahrungen der Krisenjahre von 1816/17 erwuchs der von KÖNIGIN KATHARINA angeregte Antrag des Innenministeriums, eine Landwirtschaftliche Unterrichts- und Versuchsanstalt zu gründen, den KÖNIG WILHELM am 7. Juni 1817 genehmigte. Die Gründung war zunächst rein praktisch zur Förderung der württembergischen Landwirtschaft geplant und sollte praktische Landwirte bilden, sie mit den fortgeschrittensten Methoden des Ackerbaus vertraut machen, die damals praktiziert wurden.

Die Idee zu einer solchen Anstalt war nicht aus dem Augenblick geboren. Schon im 18. Jahrhundert wurde das Lehrfach "Landwirtschaft" im Rahmen der Kameralistik gelehrt, allerdings um Verwaltungsbeamten die Kenntnisse zur Domänenverwaltung zu vermitteln, nicht um Landwirte mit modernen Formen der Agrarwirtschaft vertraut zu machen. Kaiser FRANZ STEPHAN legte in Böhmen auf seinen Privatbesitzungen Mustergüter an, um die Bauern zu besserer Produktion anzuregen. Publikationen zu landwirtschaftlichen Themen im 18. Jahrhundert gehen in die Hunderte. Die Kameralsschule in Kaiserslautern, hervorgegangen aus der Bienengesellschaft, befaßte sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts mit agrarwissenschaftlichen Themen.

1798 wurde in Groß-Flottbeck bei Hamburg die erste Lehranstalt für praktische Landwirte gegründet. Aus einem Diskussionskreis ALBRECHT THAERS in Celle entwickelte sich 1806 in Möglin die THAERSche Akademie. 1803 wurde in Weißenstephan die erste Königliche Landwirtschaftsschule in Bayern gegründet. Zugleich mit Hohenheim entstand in Idstein die Nassauische Lehr- und Versuchsanstalt. Weitere folgten in den zwanziger Jahren. Die württembergische Anstalt war zunächst auf der Domäne

34 SCHREINER, Aufbau, Bildungsgedanke und Sozialstruktur des württembergischen Realschulwesens, S. 19

35 VOIGT, Lehre zwischen Politik und Wirtschaft, S. 19

Denkendorf geplant, die sich aber als zu klein erwies, so daß man auf das Areal der größeren und geschlosseneren Domäne in Hohenheim zurückgreifen mußte, wodurch sich der Beginn des Unterrichts bis 1818 verzögerte. Zur späteren bedeutenden Wirkung der "Land- und Forstwirtschaftlichen Akademie", wie sie seit 1847 hieß, braucht hier nichts gesagt zu werden, zumal darauf anlässlich Ihrer Exkursion nach Hohenheim gewiß näher eingegangen werden wird.

1820 wurde die zwei Jahre zuvor in Stuttgart gegründete Forstschule mit der Hohenheimer Anstalt vereinigt. Der Anfang war, mit acht Schülern und drei Lehrern, wie bei den meisten Neugründungen in Württemberg bescheiden, doch gab der Professorntitel, den man den Lehrern zubilligte, immerhin eine Richtung an, in die sich die Anstalt entwickeln sollte. Eine Bedrohung für die Neugründung bedeutete der frühe Tod KÖNIGIN KATHARINAS im Januar 1819, der die Anstalt ihrer Fürsprecherin beraubte. KÖNIG WILHELM hatte zunächst vor, Hohenheim als praxisbezogene Bauernschule weiterzuführen, während der wissenschaftliche Unterricht nach Tübingen verlegt werden sollte. Die Zentralstelle für Landwirtschaft konnte diese Pläne zwar verhindern, aber an einen großzügigen Ausbau war in der nächsten Zeit nicht mehr zu denken.

Hohenheim wurde in besonderem Maße durch seinen ersten Direktor JOHANN NEPOMUK SCHWARZ geprägt, der der Anstalt die Aufgabe stellte, auf der Grundlage gesicherter Erfahrungen nicht zu allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, sondern zu bestmöglichen Wirtschaftsformen zu kommen, sie durch praktische Versuche zu untermauern und die theoretische Unterweisung mit praktischen Übungen zu verbinden. Hierin sah er einen wichtigen Unterschied zur theoretisch-wissenschaftlichen, abstrakten Lehrmethode der Universität.

1847 hatte Hohenheim 140 Zöglinge und damit etwa 80 % der Zahl der Schüler der Polytechnischen Schule in Stuttgart.

Im Jahre 1817, das als das Jahr der großen bildungspolitischen Neuerungen in Württemberg gelten darf, wurde in Tübingen als erster Universität in Deutschland eine "Fakultät für Staatswissenschaften" gegründet. Die Durchsetzung des Gründungsplanes ist wiederum mit dem Namen des Kultusministers KARL AUGUST FREIHERR VON WANGENHEIM verbunden, der 1811 als überzeugter Reformers zum Kurator der Universität Tübingen bestellt worden war. In Tübingen bestand seit 1796 ein Lehrstuhl für Kameralwissenschaften an der Philosophischen Fakultät, dessen Inhaber FRIEDRICH KARL FULDA, ein ehemaliger Carlsschüler, seit 1805 auf den Ausbau des Lehrstuhls und eine feste Verankerung der Kameralwissenschaften im Ausbildungsgang der Verwaltungsbeamten hinarbeitete.

WANGENHEIM, FULDA und FRIEDRICH LIST, damals Aktuar am Oberamt Tübingen, arbeiteten gemeinsam an Entwürfen zur Verbesserung der Beamtenausbildung. FULDA und LIST setzten sich für eine Erweiterung der Philosophischen bzw. der Juristischen Fakultät ein, während WANGENHEIM die Schaffung einer eigenen Fakultät für die Staatswissenschaften forderte. WANGENHEIM konnte sich beim König durchsetzen. Am 17. Oktober 1817 erging die Kgl. Resolution an das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, die Staatswirtschaftliche Fakultät zu gründen. Außer dem Lehrstuhl für theoretische Verwaltungslehre, Nationalökonomie und Finanzkunde wurde ein weiterer für Staatsverwaltungspraxis errichtet, den FRIEDRICH LIST bekleiden sollte. Daneben waren drei weitere Lehrstühle für Hilfswissenschaften vorgesehen, für Landwirtschaft, für Forstwirtschaft und für Technologie³⁶.

Wegen dieser drei Lehrstühle wehrte sich die Universität Tübingen gegen die neue Fakultät. Der notwendige praktische Unterricht in den genannten drei Fächern, so wurde argumentiert, würde von der notwendigen Theorie ablenken. Zudem wurden zwei der vorgesehenen Professoren, darunter LIST, als nicht akademisch vorgebildet und deswegen als Hochschullehrer ungeeignet abgelehnt. Tübingen schlug deswegen die Errichtung eines Kollegiums außerhalb der Universität vor. Außerdem fürchtete man, mit der neuartigen praxisbezogenen Ausbildung von Verwaltungsbeamten in den politischen Konflikt um die überfällige Verwaltungsreform des Königreichs und damit in den Verfassungskonflikt hineingezogen zu werden. Dessenungeachtet nahm die Fakultät im Januar 1818 ihren Lehrbetrieb auf. Von der neuformierten Universität konnte ROBERT VON MOHL, Professor an der Staatswirtschaftlichen Fakultät, 1831 sagen:

"An der Spitze der sämtlichen gelehrten Bildungsanstalten steht die Landesuniversität in Tübingen, welche theils zur Vollendung der allgemeinen wissenschaftlichen Bildung, theils zum Unterricht in den einzelnen gelehrten Berufsfächern, also der katholischen und protestantischen Theologie, der Rechtswissenschaft, der Heilkunde und den sogenannten Cameral-Wissenschaften, das bedeutet der Polizei- und der Finanzwissenschaft, bestimmt ist."³⁷

Einige Zahlen mögen den Aufschwung der Tübinger Universität belegen: Zwischen 1816 und 1841 hatte sich die Zahl der Studierenden an der Tübinger Universität ver-

36 Auf letzteren wurde JOHANN HRCH. M. POPPE, über den auf diesem Kongreß gesondert referiert wird, berufen [siehe den Beitrag von ROLF SEUBERT in diesem Band].

37 SCHEUNER, ULRICH, Robert v. Mohl. Die Begründung einer Verwaltungslehre und einer staatswissenschaftlichen Politik. In: Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen 1477 - 1977. Hg. v. Hansmartin Decker-Hauff. Tübingen 1977, S. 515

dreifach, die der Hochschullehrer verdoppelt, die Zahl der Fakultäten war von vier auf sechs gestiegen. Vor allem die große Zahl junger, neu an die Universität berufener Hochschullehrer brachte es mit sich, daß Tübingen der Anschluß an den Wissenschaftsstandard der führenden Universitäten Deutschlands gelang. Vor allem ihrem Kanzler in den dreißiger Jahren, dem Juristen CARL GEORG VON WÄCHTER, hat es die Universität Tübingen zu danken, daß ihre Finanzmittel so erhöht und der Lehrkörper so sehr vermehrt wurde, daß es ihr gelang, den Provinzialismus des 18. Jahrhunderts abzuwerfen³⁸. Äußeres Zeichen der gewachsenen Bedeutung Tübingens war der Bau der Neuen Aula in der Wilhelmsvorstadt, mit dem die Universität den Ring der mittelalterlichen Stadt verließ und den ersten der drei späteren Ringe um Tübingen legte. 1841 war die Grundsteinlegung, 1845 wurde der Bau an Tübingens repräsentativer Ausfallstraße in Richtung der Landeshauptstadt eingeweiht. Dem Geist der neuen Zeit entsprechend wurde das Hauptgebäude von zwei den Naturwissenschaften gewidmeten Institutsbauten flankiert: den Instituten für Chemie und Botanik. Die ganze Anlage, der Platz und die Gebäude ließen sich in ihrer äußeren Erscheinung vom Schloßbau ableiten: eine Dreiflügelanlage mit quergelagertem Vorplatz. Tübingen erhielt mit seiner neuen Universität quasi ein mediatisiertes Wissenschaftsschloß.

Die letzte Anstalt, die den Wandel der württembergischen Bildungslandschaft im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts charakterisiert, ist die Polytechnische Schule, die 1829 in Stuttgart als "Vereinigte Real- und Gewerbeschule" "zur Beförderung der vaterländischen Industrie" ins Leben gerufen wurde. Von den gewerblichen Fächern versprach man sich die "Befreiung der Menschenhände von einförmigen, geistlosen Verrichtungen" sowie eine nachhaltige Förderung der heimischen Wirtschaft. Man erhoffte überdies, "daß ein sehr zu berücksichtigender Teil der Württembergischen Jugend seine Bildung nicht mehr in der Fremde wird zu suchen haben, sondern sie im Vaterlande auf eine systematische Art erlangen kann"³⁹.

Es mag als symptomatisch für das Ringen zwischen Landwirtschaft und Industrie um die Priorität im Wirtschaftsleben angesehen werden, daß die ersten verfügbaren Mittel des Staates für die geplante Gewerbeschule aus dem landwirtschaftlichen Bildungsbereich kamen⁴⁰. 1826 wurde durch königliche Entscheidung beschlossen, den

38 Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen 1477 - 1977. Hg. v. Hansmartin Decker-Hauff. Tübingen 1977, S. 222

39 SCHREINER, Bildungsgedanke und Sozialstruktur des württembergischen Realschulwesens, S. 24

40 VOIGT, Lehre zwischen Politik und Wirtschaft, S. 22

Aufwand für das Landwirtschaftliche Institut in Hohenheim zu kürzen und die eingesparten Mittel für die Errichtung einer Kunst- und Gewerbeschule zu verwenden.

Angesichts der geringen Mittel schloß der zuständige Minister SCHMIDLIN eine Anstalt nach dem Muster von Paris, Wien oder Prag von vornherein aus. Die Stuttgarter Schule sollte aus einer Erweiterung der Stuttgarter Realschule entstehen, wobei "dem Unterricht in Mathematik und den Naturwissenschaften sowie in Geschichte und Geographie ... eine noch speziellere Richtung auf Kunst und Gewerbe gegeben werden sollte". Dazu kam Unterricht im Geschäftsbetrieb, in Buchführung, Verfassung und Vorschlägen, technischer Chemie sowie Optik und Maschinenlehre.

1827 wurde die BOISERÉESche Gemäldesammlung, die im früheren Offizierspavillon in der Königstraße 12 untergebracht war, an den König von Bayern verkauft, um Platz für die geplante Kunst- und Gewerbeschule zu erhalten. 1829 eröffnete die vereinigte "Real- und Gewerbeschule" ihren Lehrbetrieb mit zusammen 57 Schülern. Ihre Gründung war eines der Ereignisse, das den Beginn des industriellen Zeitalters in Württemberg markierte⁴¹.

Schon nach drei Jahren zeigte sich, daß die Verbindung der Real- und der Gewerbeschule nicht zuträglich war. Die Schule war auf drei Gebäude verteilt, die Raumnot unerträglich, so daß die Regierung 1832 einer Trennung zustimmte. Die neue Schule nahm mit drei Jahreskursen ihren Betrieb auf, die schrittweise vermehrt wurden. 1838 gab es Lehrkurse für vier Berufsgruppen: 1. die mechanisch-technische Berufsklasse (für Architekten, Werkmeister, Straßen-, Brücken- und Flußbauer, höhere und niedere Mechaniker), 2. die chemisch-technische Berufsklasse (Berg- und Hüttenleute, größere und kleinere Fabrikanten, Pharmazeuten), 3. die kaufmännische Berufsklasse und 4. das Lehrfach an niederen und höheren technischen Lehranstalten (Real-, Oberreal- und Gewerbeschulen), die von rund 180 Schülern besucht wurden. Die kleine Anstalt hatte einen beachtlichen Aufschwung zur Polytechnischen Schule genommen.

Sicher wird man den Erfolg der Bildungsmaßnahmen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Württemberg für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht mit der Elle messen können. Aber nicht wenige der Träger des wirtschaftlichen Aufschwungs Württembergs sind in den neuen Bildungsinstitutionen groß geworden. Zu guten Teilen konnte Württemberg die Eliten, die es zum Aufbau seiner Wirtschaft benötigte, selbst ausbilden. Daß dieser Umbruch auch mit großen gesellschaftlichen Spannungen verbunden war, ist unbestritten. Be-

41 Ebd., S. 32

deutsam aber erscheint es mir, daß die wichtigsten Zukunftsentscheidungen wie die Gründung des Lehrerseminars, die Gründung einer landwirtschaftlichen Lehranstalt, Ausbau der Realschule, die Einführung der Sonntagsgewerbeschule, Planung eines Polytechnikums und die Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät auf dem Höhepunkt einer wirtschaftlichen Krise zwischen 1816 und 1818 erfolgten und mit ihnen ein Element für die dauerhafte Überwindung der strukturellen Schwäche des Landes geschaffen wurde.

Industrieschulen, Sonntagsgewerbeschulen, die Real- und Mittelschulen und das Polytechnikum zielten auf die Verbesserung der beruflichen Bildung breiter Kreise. Die Notwendigkeit einer Erweiterung und Vertiefung der praktischen Bildung des gesamten Volkes, nicht nur der Eliten, war von allen gefordert worden, die den wirtschaftlichen Aufschwung und die Teilnahme Württembergs an der Industrialisierung wünschten. Insoweit kam den genannten Einrichtungen eine wichtige Rolle zu, auch wenn ein breiter Erfolg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch nicht gelang. Ein Hemmnis war die Ausklammerung der beruflichen Bildung aus dem Volksschulunterricht, das erst nach 1864 langsam überwunden werden sollte.